STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses (12/BauSa/2013)

am 23.05.2013

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses vom 11.04.2013
0557/2013/FB3
7. 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Korndeichsland; nachträglicher Aufstellungsbeschluss, Abwägung, Feststellungsbeschluss
0558/2013/3.1
8. Bebauungsplan Nr.120; Gebiet: "Korndeichsland"; Abwägung, städtebaulicher Vertrag, Satzungsbeschluss
0559/2013/3.1
9. Flächennutzungsplan, 69. Änderung; hier: Repowering von Windenergieanlagen
1437/2011/3.1/1
10. Straßenerhaltung in der Stadt Norden;
Sachstandsbericht und Darlegung der vorrangigen Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen bei den innerstädtischen Straßen
0560/2013/3.3
11. Straßenerhaltung in der Stadt Norden;
Darlegung der vorrangigen Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen bei den Wirtschaftswegen
0553/2013/3.3
12. Dringlichkeitsanträge
13. Anfragen
- 13.1. Baulicher Zustand der Gemeindestrasse Hollander Weg
- 13.2. Gestaltung des Kreisels Lütetsburg
AN/0945/2013
14. Wünsche und Anregungen

15. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzende van Gerpen eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird durch die Vorsitzende van Gerpen festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Vorsitzende van Gerpen schlägt im Ablauf der Tagesordnung eine Änderung vor. TOP 9 solle vorgezogen werden. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor. Die Tagesordnung wird dann einvernehmlich festgestellt

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen zur Bekanntgabe liegen nicht vor.

zu 5 Bekanntgaben

Städtischer Baudirektor Memmen berichtet zu einer Anfrage im Bau- und Sanierungsausschuss vom 11.04.2013 über die Aufstellung von Hundekotbehältern. Die Bekanntgabe wird in schriftlicher Form dem Protokoll beigefügt.

**zu 6 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses vom 11.04.2013
0557/2013/FB3**

Beigeordnete Kolbe bemerkt, dass sie zu TOP 10 (Seite 9 des Protokolls) nicht beispielhaft „Martensdorf“ genannt habe. Unter Beachtung dieser Protokollergänzung wird folgender Beschluss gefasst:

Beschlussvorschlag:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

zu 7 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden; Gebiet: Korndeichsland; nachträglicher Aufstellungsbeschluss, Abwägung, Feststellungsbeschluss 0558/2013/3.1

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat am 24.05.11 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.120 „Korndeichsland“ beschlossen. Nach § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Ist die Entwicklung des Bebauungsplanes aus der bestehenden Darstellung im Flächennutzungsplan nicht möglich, kann die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB erfolgen. Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.120 trifft der Flächennutzungsplan keine Darstellungen, eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist deshalb notwendig und erfolgt im Parallelverfahren als 84.Änderung.

Für den Bebauungsplan Nr.120 „Korndeichsland“ sowie für die 84.Änderung des Flächennutzungsplanes wurden die Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit sowie für die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB durchgeführt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB fand am 17.01.13 im Rahmen einer Öffentlichkeitsveranstaltung statt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde durch Zusendung der Entwurfsunterlagen und der Möglichkeit zur Stellungnahme vom 07.01.13 bis zum 01.02.13 durchgeführt. Weiterhin erfolgte ein Behördentermin am 17.01.13.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte zeitgleich vom 25.03.13 bis 26.04.13.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen aus den durchgeführten Beteiligungsverfahren führten zu keiner Änderung in den Planungen für die Flächennutzungsplanänderung.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 7 und 8 werden gemeinsam beraten.

Frau Raspohl-Rademacher (NLG Aurich) trägt zu der Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120 vor.

Beigeordneter Sikken erinnert an einen Beschluss zu diesem Baugebiet von 2011 und bemängelt, dass der seinerzeit angedachte Wanderweg nicht mit eingeplant sei.

Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt, dass der Graben mit der Zurückstufung jetzt ein Gewässer III. Ordnung sei. Damit lege die Unterhaltung bei den Anliegern und in diesem Bereich müsse ein Räumstreifen freigehalten werden. Ein Wanderweg wäre im nächsten Planabschnitt auf der anderen Seite angedacht.

Beigeordnete Kolbe erkundigt sich, ob man auf dem Räumstreifen gar nichts bauen dürfe. Dipl.-Ing. Wolkenhauer verneint dies und weist auf die notwendige Befestigung für Räumfahrzeuge hin.

Ratsherr Feldmann wirft ein, warum ein Räumstreifen einen Wanderweg ausschließe?

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass man bei der ursprünglichen Planung einen Wanderweg entlang der Bahnstrecke angedacht hatte.

Beigeordneter Sikken entgegnet hierzu, dass dies nicht mehr gewollt gewesen sei und die damaligen neuen Planungen dann einen Wanderweg entlang des Entwässerungsgrabens unter Beibehaltung des Baumbestandes vorsahen.

Beigeordneter Fuchs ist der Ansicht, man solle dann auch noch einen Schritt weitergehen und sich die Verfügung für das anschließende Baugebiet sichern.

Ratsvorsitzender Wäcken hält die übernommene unentgeltliche Verpflichtung der Stadt zur Räumung des Gewässerstreifens für bedenklich.

Beigeordnete Kolbe fragt nach der jetzigen Befahrbarkeit zur Reinigung. Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt, dass dies bisher über die landwirtschaftlichen Flächen erfolge.

Ratsherr Feldmann ist der Ansicht, dass bei einem 10m Räumstreifen ein Wanderweg von 2,00 m überbliebe.

Städtischer Baudirektor Memmen betont noch mal, dass diese Planung zur Vermeidung von zukünftigem Ärger mit den Eigentümern angedacht war. Man habe in Süderneuland gesehen, was es für die Anlieger bedeute, wenn nach 10 Jahren der Entwässerungsverband dann auf einmal zur Räumung anrücke.

Beigeordneter Sikken stellt den Antrag, „bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.06.2013 eine Planung vorzulegen, die einen Wanderweg am Süderschloot vorsieht“.

Beigeordneter Fuchs erkundigt sich nach einer Räummöglichkeit auf der anderen Seite des Süderschloot. Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt hierzu, dass die jetzige Planung mit der Stadtentwässerung abgeklärt sei.

Weiterhin möchte Beigeordneter Fuchs wissen, ob die Kostenpflicht für einen bestimmten Zeitraum durch den Investor übernommen werden könne. Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass nach der Bebauung die NLG ausscheide, die Pflicht zur Räumung könne sie nicht übernehmen. Eine Entschädigung wäre aber geregelt.

Beigeordnete Kolbe erklärt, dass man seitens des Bündnis 90/Die Grünen aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes stimmen würde. Einer weiteren Flächenversiegelung könne man nicht zustimmen. Sie sehe aber hier konkret auch Schwierigkeiten mit der Entwässerung und der Lärmbelästigung der Grundstücke durch die Umgehungsstraße. So etwas sei unzumutbar für Bauwillige.

Ratsherr Fischer-Joost weist auf die Stellungnahme des NLWKN als Träger öffentlicher Belange auf Seite 10 der Abwägungen bezüglich Abwasser und Löschwasserversorgung hin.

Dipl.-Ing. Wolkenhauer erwidert, dass die Abwägungsempfehlung der Gemeinde so richtig sei, weil die Stadtentwässerung das Problem nicht so sehe. Eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird kurzfristig erteilt.

Einvernehmlich wird beschlossen, den Antrag der CDU-Fraktion als Punkt 4 des Beschlussvorschlages zur Sitzungsvorlage Nr. **0559/2013/3.1 (TOP 8)** aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Der Rat beschließt nachträglich die Aufstellung der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden.**
- 2. Der Rat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den über die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 25.03.13 – 26.04.13 eingeholten Anregungen und Stellungnahmen.**
- 3. Nach Überprüfung aller eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen beschließt der Rat der Stadt Norden auf Grund § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 58 NKomVG die Feststellung der 84.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	0

zu 8 Bebauungsplan Nr.120; Gebiet: "Korndeichsland"; Abwägung, städtebaulicher Vertrag, Satzungsbeschluss
0559/2013/3.1

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat am 24.05.11 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.120 „Korndeichsland“ beschlossen.

Für den Bebauungsplan Nr.120 „Korndeichsland“ sowie für die 84.Änderung des Flächennutzungsplanes wurden die Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit sowie für die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange nach § 3 und § 4 BauGB durchgeführt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB fand am 17.01.13 im Rahmen einer Öffentlichkeitsveranstaltung statt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde durch Zusendung der Entwurfsunterlagen und der Möglichkeit zur Stellungnahme vom 07.01.13 bis zum 01.02.13 durchgeführt. Weiterhin erfolgte ein Behördentermin am 17.01.13. Die eingegangenen Stellungnahmen sowie die Abstimmungen mit den Fachdiensten der Stadt Norden wurden in den Bebauungsplan eingearbeitet.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB erfolgte zeitgleich vom 25.03.13 bis 26.04.13.

Die eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB führten zu keiner Änderung der Planung.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 7 und 8 werden gemeinsam beraten.

Frau Raspohl-Rademacher (NLG Aurich) trägt zu der Änderung des Flächennutzungsplanes

und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 120 vor.

Beigeordneter Sikken erinnert an einen Beschluss zu diesem Baugebiet von 2011 und bemängelt, dass der seinerzeit angedachte Wanderweg nicht mit eingeplant sei.

Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt, dass der Graben mit der Zurückstufung jetzt ein Gewässer III. Ordnung sei. Damit lege die Unterhaltung bei den Anliegern und in diesem Bereich müsse ein Räumstreifen freigehalten werden. Ein Wanderweg wäre im nächsten Planabschnitt auf der anderen Seite angedacht.

Beigeordnete Kolbe erkundigt sich, ob man auf dem Räumstreifen gar nichts bauen dürfe. Dipl.-Ing. Wolkenhauer verneint dies und weist auf die notwendige Befestigung für Räumfahrzeuge hin.

Ratsherr Feldmann wirft ein, warum ein Räumstreifen einen Wanderweg ausschließe?

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass man bei der ursprünglichen Planung einen Wanderweg entlang der Bahnstrecke angedacht hatte.

Beigeordneter Sikken entgegnet hierzu, dass dies nicht mehr gewollt gewesen sei und die damaligen neuen Planungen dann einen Wanderweg entlang des Entwässerungsgrabens unter Beibehaltung des Baumbestandes vorsahen.

Beigeordneter Fuchs ist der Ansicht, man solle dann auch noch einen Schritt weitergehen und sich die Verfügung für das anschließende Baugebiet sichern.

Ratsvorsitzender Wäcken hält die übernommene unentgeltliche Verpflichtung der Stadt zur Räumung des Gewässerstreifens für bedenklich.

Beigeordnete Kolbe fragt nach der jetzigen Befahrbarkeit zur Reinigung. Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt, dass dies bisher über die landwirtschaftlichen Flächen erfolge.

Ratsherr Feldmann ist der Ansicht, dass bei einem 10m Räumstreifen ein Wanderweg von 2,00 m überbleibe.

Städtischer Baudirektor Memmen betont noch mal, dass diese Planung zur Vermeidung von zukünftigem Ärger mit den Eigentümern angedacht war. Man habe in Süderneuland gesehen, was es für die Anlieger bedeute, wenn nach 10 Jahren der Entwässerungsverband dann auf einmal zur Räumung anrücke.

Beigeordneter Sikken stellt den Antrag, „bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.06.2013 eine Planung vorzulegen, die einen Wanderweg am Süderschloot vorsieht“.

Beigeordneter Fuchs erkundigt sich nach einer Räummöglichkeit auf der anderen Seite des Süderschloot. Dipl.-Ing. Wolkenhauer erklärt hierzu, dass die jetzige Planung mit der Stadtentwässerung abgeklärt sei.

Weiterhin möchte Beigeordneter Fuchs wissen, ob die Kostenpflicht für einen bestimmten Zeitraum durch den Investor übernommen werden könne. Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass nach der Bebauung die NLG ausscheide, die Pflicht zur Räumung könne sie nicht übernehmen. Eine Entschädigung wäre aber geregelt.

Beigeordnete Kolbe erklärt, dass man seitens des Bündnis 90/Die Grünen aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes stimmen würde. Einer weiteren Flächenversiegelung könne man nicht zustimmen. Sie sehe aber hier konkret auch Schwierigkeiten mit der Entwässerung und der Lärmbelästigung der Grundstücke durch die Umgehungs-

straße. So etwas sei unzumutbar für Bauwillige.

Ratsherr Fischer-Joost weist auf die Stellungnahme des NLWKN als Träger öffentlicher Belange auf Seite 10 der Abwägungen bezüglich Abwasser und Löschwasserversorgung hin.

Dipl.-Ing. Wolkenhauer erwidert, dass die Abwägungsempfehlung der Gemeinde so richtig sei, weil die Stadtentwässerung das Problem nicht so sehe. Eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung wird kurzfristig erteilt.

Einvernehmlich wird beschlossen, den Antrag der CDU-Fraktion als Punkt 4 des Beschlussvorschlages zur Sitzungsvorlage Nr. **0559/2013/3.1 (TOP 8)** aufzunehmen.

Beschlussvorschlag:

1. **Der Rat beschließt die Abwägungsvorschläge zu den über die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 25.03.13 – 26.04.13 eingeholten Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen.**
2. **Dem städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Nr.120 „Korndeichsland“ in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.**
3. **Der Rat beschließt nach Überprüfung aller Anregungen und Stellungnahmen den Bebauungsplan Nr.120 „Korndeichsland“ in der vorliegenden Fassung als Satzung sowie die Begründung dazu.**
4. **Bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.06.2013 ist eine neue Planung vorzulegen, die einen Wanderweg am Süderschloot vorsieht.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	0

**zu 9 Flächennutzungsplan, 69. Änderung; hier: Repowering von Windenergieanlagen
1437/2011/3.1/1**

Sach- und Rechtslage:

Die vielen Beratungen zum Repowering von Windenergieanlagen finden Sie in Anlage 1 aufgelistet. Die Sitzungsvorlagen können im Intranet nachgelesen werden.

Der Rat der Stadt Norden hat am 05.07.2011 die wesentlichen Punkte für eine Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen und verschiedene Aufträge an die Verwaltung gegeben.

Die letzte Beratung hierzu erfolgte am 27.01.2012 zum Antrag der Änderung der Höhenbeschränkung.

Der Planungsauftrag wurde gem. VA vom 14.02.2012 an das Büro NWP, Oldenburg erteilt.

Die vom Rat vorgegebenen Aufgaben sind nunmehr abgearbeitet.

Das Planungsbüro NWP hat eine Stellungnahme und einen Vorschlag zur Höhenentwicklung erarbeitet der als Anlage 2 beiliegt. Eine konkrete Höhe ist dabei nicht festgelegt. Dies sollte in Abstimmung mit den Planungen der Gemeinde Brookmerland erfolgen, deren Planung aber

noch nicht abgeschlossen ist.

Weiterhin liegt als Anlage 3 ein Entwurf zur Änderung des Flächennutzungsplanes bei, der die drei Potentialflächen der Standortanalyse darstellt. Im Teilbereich 2 wurde die Flächen geändert, dies geht aus der Stellungnahme von NWP (Anlage 2) deutlich hervor.

Zu den Ökologischen Gutachten erfolgt, wie vom Rat beschlossen, derzeit eine Begutachtung durch Herrn Dr. Schreiber, die noch nicht abgeschlossen ist. Dieser wird in der Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses seine Ergebnisse vortragen.

Nach der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Norden sind Städtebauliche Verträge mit den einzelnen Investoren-Gruppen zu erarbeiten, die unter anderem den Abbau von Altanlagen detailliert regeln müssen. Die einzelnen Vorhabenbezogenen Bebauungspläne mit den Verträgen werden dann, wie bei Bauleitplänen üblich, durch die Gremien der Stadt Norden beraten und beschlossen.

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt einleitend, dass man sich nun schon 3 Jahre mit diesem Thema beschäftigt. Die Rahmenbedingungen hätten sich geändert und es wäre eine schwierige Materie. In Abstimmung mit dem Landkreis Aurich habe man jetzt auch einen eigenen Gutachter eingeschaltet. Nach Gesprächen mit der Unteren Naturschutzbehörde könne nun ins Verfahren gegangen werden. Darum habe man heute Herrn Hollwedel eingeladen. Durch ein aktuelles Gerichtsurteil ginge es heute nicht mehr nur um harte sondern auch um weiche Kriterien.

Herr Hollwedel erklärt dann, dass er 1-2 Jahre zu früh hier sei. Man könne erst eine Aussage treffen, wenn ein Feststellungsbeschluss gefasst sei. Man müsse z.B. Schuss- und Knallapparate in der Abwägung berücksichtigen. Angrenzende Flächen hätten die gleiche Wertigkeit. Es gebe zwingende öffentliche Gründe, um dort etwas machen zu können. Man solle sich Ende des Jahres noch mal zusammensetzen.

Vorsitzende van Gerpen fragt nach, ob auch bei vergleichbaren Gebieten das Verschlechterungsverbot gelten würde, wenn es praktisch um vergleichbare Vogelschutzgebiete handeln würde. Dies wird von Herrn Hollwedel bestätigt.

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt, dass man solche Flächen in Westermarsch hätte. Dort wären Teilflächen gemeldet, aber von der EU nicht anerkannt.

Auf die Frage des Beigeordneten Sikken zu Leegeland und Ostermarsch erklärt Herr Hollwedel, dass er auch hierzu noch keine Aussage treffen könne.

Beigeordneter Fuchs fragt nach, das von 3 Standorten zwei in Ordnung wären. Könne man auf den letzten Standort warten?

Städtischer Baudirektor Memmen erklärt hierzu, dass man ca. ½ Jahr verlieren würde, aber sonst zwei Änderungsverfahren nebeneinander habe.

Beigeordnete Kolbe wünscht sich eine Festschreibung der Höhenbegrenzung im Flächennutzungsplan. Hierzu kann Städtischer Baudirektor Memmen berichten, dass man diesbezüglich mit dem Landkreis unterschiedlicher Meinung sei. Der Landkreis habe z.B. Hage empfohlen, die Höhenbeschränkung herauszunehmen. Man habe diesbezüglich Gespräche in Oldenburg geführt und man sei der Auffassung, dass eine Höhenbeschränkung möglich sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis. Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

zu 10 **Straßenerhaltung in der Stadt Norden;
Sachstandsbericht und Darlegung der vorrangigen Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen bei**

**den innerstädtischen Straßen
0560/2013/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Das Ziel der Straßenerhaltung ist es, der stetigen Abnutzung von Straßen (Substanzverzehr des Anlagevermögens Straßen) gezielt entgegenzuwirken und damit, wie in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgeführt, die Funktionalität und Verkehrssicherheit lange zu bewahren und wieder herzustellen. **Die Umsetzungen notwendiger Straßenausbaumaßnahmen mussten regelmäßig, mit Blick auf die im Finanzhaushalt tatsächlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel, zurückgestellt werden. Allein mit Blick auf die Straßen „Nordsee-“, „Stellmacher-“, „Gewerbestraße“ und dem „Ekeler Weg“ ist dadurch in den letzten Jahren ein Investitionsstau von rd. 3.6 Mio. € entstanden. Das Anlagevermögen dürfte sich in einer ähnlichen Größenordnung verringert haben (Substanzverzehr)! In der Konsequenz verliert das Straßennetz (Anlagevermögen) so kontinuierlich und drastisch an Wert. Die Mobilität und das Stadtbild (Imagepflege) leiden. Gleichzeitig steigt der Finanzbedarf an Reparaturarbeiten. Spätestens wenn der Sanierungsbedarf den Eigenbedarf eines Straßenausbaus mit Anliegerbeteiligung übersteigt, ist - mit Blick auf die angespannte Haushaltssituation - der finanzielle Aufwand nicht mehr zu rechtfertigen!**

Sachstand zur Straßenerhaltung (Straßenausbau und -unterhaltung):

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Norden hat am 18. März 2010 folgenden Beschluss zur Straßenerhaltung gefasst (siehe Vorlage 0860/2009/3.3 und Beschlussnr. 38/VA/2010):

- 1) *Der Ausschuss nimmt das vierjährige Maßnahmenpaket (2010 bis 2013) zur Straßenerhaltung in der Stadt Norden zur Kenntnis.*
- 2) *Für die in dem Maßnahmenpaket (2010 bis 2013) zur Straßenerhaltung aufgeführten Straßenausbaumaßnahmen wird seitens der Verwaltung folgende Priorisierung empfohlen:*
 - a) 2010: Stellmacherstraße
 - b) 2011: Ekeler Weg
 - c) 2012: Gewerbestraße
- 3) *Die Realisierung der Maßnahmen zur Straßenerhaltung richtet sich nach den, von der Politik nach der Haushaltsdebatte 2010, zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln. Vor den Sommerferien 2010 soll eine erneute Vorlage im Ausschuss erfolgen, da die Schäden durch die außergewöhnliche Frostperiode erst im Frühjahr absehbar sind und ggf. eine Änderung der Prioritäten nach sich ziehen.*

Dem letzten Beschlusspunkt entsprechend musste, aufgrund der enormen Straßenschäden nach dem langen Winter 2009/2010, das Maßnahmenpaket zur Straßenunterhaltung aktualisiert und neu beschlossen werden. Zudem wurde beschlossen, dass zur Umsetzung der in 2010 durchzuführenden Reparaturmaßnahmen überplanmäßig 220.000,- € zur Verfügung gestellt wurden (siehe Vorlage 1042/2010/3.3). Für das Maßnahmenpaket zur Straßenunterhaltung für 2011 und 2012 (siehe Vorlage 1390/2011/3.3) wurden weitere 440.000,- € zur Verfügung gestellt, so dass letztendlich **insgesamt Rückstellungen für Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 660.000,- € im Haushalt zur Verfügung gestellt wurden.**

Die in dem o. a. Beschluss von der Verwaltung unter Punkt 2 empfohlene Priorisierung zum Straßenausbau konnte bislang nicht umgesetzt werden. In dem Zusammenhang ist auch der seit 2007 beschlossene Ausbau der Nordseestraße mit aufzuführen.

Punkt 3 der o. a. Beschlussfassung unterstreicht, dass der Umfang der durchzuführenden Straßenerhaltungsmaßnahmen sich bislang nach den dafür im Haushalt zur Verfügung gestellten Mittel auszurichten hatte.

Die beschlossenen Maßnahmenpakete zur Straßensanierung aus 2010, 2011 und 2012 wurden fast vollständig umgesetzt. Lediglich sechs Asphaltdeckensanierungen (Am Zingel, August-Hinrichs-Str., Baumstr., Im Spiet, Kamp- und Lehmweg), die witterungsbedingt in 2012 nicht mehr umgesetzt werden konnten, sind noch abzuwickeln. Die notwendigen Haushaltsmittel hierfür stehen in Höhe von 93.000,-- € (verbliebener Rest der Rückstellungen) zur Verfügung.

Die diesjährige Zustandserfassung des innerstädtischen Straßennetzes ist inzwischen abgeschlossen. Die Schadensbilder wurden im Fachdienst ausgewertet. Anschließend wurden – wie in den vergangenen Jahren - die vorrangig durchzuführenden Sanierungsmaßnahmen festgelegt. Diese aus dem Ergebnishaushalt zu finanzierenden Maßnahmen sind der beigefügten Anlage zu entnehmen und belaufen sich überschläglich auf insgesamt 411.880,-- €. **Im Ergebnishaushalt 2013 steht dagegen nur ein Viertel der zur Straßensanierung benötigten Finanzmittel zur Verfügung.**

Finanzmittel für die Straßenunterhaltung stehen im Produkt 541-01 „Bau, Betrieb und Instandhaltung von Gemeindestraßen“ zur Verfügung. Von den hier veranschlagten Mitteln (sh. Zeile 15 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in Höhe von 1.248.800,-- € stehen aber nur 875.900,-- € (Lohnkosten Bbh. (400.000,-- €) und Unterhaltungskosten (475.900,-- €)) für Straßenunterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. Von den 475.900,- € für Straßenunterhaltungsmaßnahmen wären dann nochmal rd. 250.000,-- € für Unterhaltungsarbeiten an der Straßenbeleuchtung, rd. 50.000,- € für verkehrsbehördliche Maßnahmen (Fahrbahnmarkierungen, Unterhaltung von Lichtsignalanlagen etc.), rd. 22.000,-- € für Straßenreinigungsmaßnahmen (Ölunfälle, Reinigung der Sinkkästen, etc.) und rd. 50.000,-- € für unvorhersehbare Arbeiten abzuziehen, so dass **letztendlich nur 103.900,-- € zur Vergabe von Unterhaltungsarbeiten an externe Firmen zur Verfügung stehen.** Die noch verbleibenden Finanzmittel in Höhe von 372.900,-- € werden vorrangig zur Begleichung der Energiekosten für die Straßenbeleuchtung (rd. 320.000,-- €) und diverser interner Verrechnungen (Mieten, Grundabgaben, Dienstwagen, Fortbildungen etc.) benötigt.

Dipl.-Ing. Kumstel gibt eine kurze Einleitung und schildert die aktuelle Situation der Straßenerhaltung. Man habe bereits 2009/2010 ein vierjähriges Maßnahmenpaket zur Straßenerhaltung beschlossen, das aber aufgrund der extremen Winter 2009/2010 und 2010/2011 aktualisiert werden musste. Zudem konnten, weil die Finanzmittel nicht bereit gestellt wurden, die darin aufgeführten Straßenausbaumaßnahmen nicht realisiert werden. Die danach beschlossenen Maßnahmenpakete zur Straßensanierung wurden – mit Hilfe der im Haushalt gebildeten Rücklagen – soweit umgesetzt. Der Gesamtzustand der Straßen habe sich, wie auch die aktuelle Zustandserfassung zeigt, leicht verbessert. Zu der Kritik an der Stellmacherstrasse gebe es eine ausführliche Antwort der Verwaltung. Diese Straße steht seit 2008 in der Priorität der auszubauenden Straßen an erster Stelle. Zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit können nur noch punktuelle Reparaturarbeiten durchgeführt werden. Eine Sanierung der Oberfläche ist, aufgrund des unzureichenden Unterbaus, nicht möglich. Bei dieser Straße käme nur noch ein Ausbau infrage. Ein weiterer Aufschub dieser Straßenausbaumaßnahme sei auch kaum noch zu vertreten. Er appelliert an die Politik, dass zukünftig ein Jahr im Voraus verlässliche Beschlussfassungen für den Straßenausbau getroffen werden müssen, um eine reibungslose Bauabwicklung und keine Winterbaustellen zu erhalten. Ihm sei klar, dass die Umsetzung nur im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel erfolgen kann. Aus diesem Grund müsse die Politik sich frühzeitig festlegen, wie die Finanzen in den kommenden Jahren verteilt werden sollen. Frühzeitige Beschlüsse für den Straßenausbau müssen garantieren, dass im darauffolgenden Jahr auch die Mittel zur Realisierung bereitgestellt werden. Aus diesem Grund müsse die Beschlusslage dieser Vorlage und der Vorlage **0553/2013/3.3 (TOP 11)** um den Rat erweitert werden.

Für den Beigeordneten Sikken ist an 1. Priorität die Straße über das Gelände der Katholischen Kirche, da man den Ring für Norden bräuchte. Hierzu kann Städtischer Baudirektor Memmen berichten, dass die Gespräche der Bürgermeisterin und ihm mit der Kirche bisher keine einvernehmliche Regelung gebracht hätten.

Zu Verständnisfrage des Ratsvorsitzenden Wäcken nach den unterschiedlichen Angaben von „Sanierung“ und „Unterhaltung“ erklärt Dipl.-Ing. Kumstel, dass die Straßenerhaltung alle Maßnahmen umfasse. Eine Sanierung sei eine flächendeckende Erneuerung des Straßenbelages, die Unterhaltung das Verfüllen von Schlaglöchern.

Ratsherr Fischer-Joost erkundigt sich nach der Anliegerbelastung beim Straßenausbau Stellmacher- bzw. Gewerbestrasse. Nach Aussage von Dipl.-Ing. Kumstel beträgt die Gegenfinanzierung 50%. Weiterhin wünscht sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen sorgsam Umgang mit den Haushaltsmitteln. Am Beispiel Burggaben solle man die Ausbaurkosten verzichten und nur Verkehrssicherungsmaßnahmen durchführen.

Ratsherr Feldmann ist der Ansicht, man dürfe die geplante Straße bei der Katholischen Kirche nicht vergessen. Die Prioritätenliste solle geändert werden – der Ausbau des Ekeler Weges solle vorgezogen werden. Er weist auf die Seite 2 der Sitzungsvorlage hin. Da wäre das Kreuz bei „finanzieller Auswirkung“ falsch.

Beigeordneter Fuchs erkundigt sich nach dem Beginn des Ausbaus des Burggrabens. Städtischer Baudirektor Memmen gibt bekannt, dass die Ausschreibung laufe. Man wolle August fertig werden.

Beigeordneter Fuchs sieht die Prioritäten auch anders. Für ihn stehen die Stellmacher- und Gewerbestrasse in 2014 an, die Nordseestrasse und der Ekeler Weg in 2015.

Ratsherr Zitting schlägt vor, ohne Beschlussfassung weiterzuleiten um die Gewichtungen einvernehmlich festzulegen.

Die Beratungsfolge wird auf den Rat der Stadt Norden erweitert. Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	11
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 11 Straßenerhaltung in der Stadt Norden;
Darlegung der vorrangigen Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen bei den Wirtschaftswegen
0553/2013/3.3**

Sach- und Rechtslage:

Hinsichtlich der Straßenerhaltung besteht neben dem innerstädtischen Straßennetz auch bei den Wirtschaftswegen in einigen Streckabschnitten (sh. Anlage 1) konkreter Handlungsbedarf. Da diese aber vorrangig der landwirtschaftlichen Erschließung dienen, sind die Kriterien zur Ableitung von Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen hier in der Regel etwas weiter zu fassen.

Nach aktueller Sichtung und Zustandserfassung der städtischen Wirtschaftswegen wurden die bestehenden Handlungsfelder (Maßnahmen) in der beigefügten Tabelle (sh. Anlage 2) zusammengefasst. Das Ergebnis ist ernüchternd. **Derzeit fehlen bei den Wirtschaftswegen rd. 1.000.000.-- € für Ausbau- und Unterhaltungsmaßnahmen.**

Weitere Erläuterungen finden in der Sitzung statt.

Dipl.-Ing. Kumstel weist auch bei dieser Vorlage auf die Erweiterung der Beschlusslage bis in den Rat hin. Er bräuchte für den Einstieg in die Planung mit evtl. Zuschussanträgen bei seiner

ausgelasteten Personallage einen verlässlichen Beschluss. Als oberste Priorität sähe er den Lorenzweg, dessen Zustand sehr schlecht wäre.

Ratsherr Liebetrau erkundigt sich nach Belastung des Lorenzweges mit der SM-Schlacke. Ihm wäre bei einer Sanierung Asphalt lieber. Dipl.-Ing. Nickisch erklärt, dass die Belastung laut Straßenkataster auf der gesamten Strecke vorliege. Zum Ausbau mit Asphalt erklärt Dipl.-Ing. Kumstel, dass Asphalt leichter zur Rissbildung und Schlaglochneigung tendiere. Bei evtl. Arbeiten durch Versorgungsunternehmen wäre daher ein Ausbau mit Betonsteinen günstiger.

Ratsherr Schmelzle verlässt um 19.00 Uhr die Sitzung.

Ratsvorsitzender Wäcken erkundigt sich nach bei dem Neuseedeicher Weg, ob es sich nun um einen Ausbau oder eine Sanierung handele. Dipl.-Ing. Kumstel gibt hierzu Erklärungen.

Ratsherr Feldmann ist anderer Auffassung zum Straßenbau und den verwendeten Materialien. Die Flurbereinigung Norden-Ost wäre noch nicht abgeschlossen. Warum wären die betroffenen Straßen nicht in das Verfahren aufgenommen bzw. können sie nachträglich aufgenommen werden? Dipl.-Ing. Kumstel sagt eine Klärung zu.

Beigeordneter Fuchs erkundigt sich, warum der Ülkebülder Weg mit Betonplatten ausgebaut werden solle. Dipl.-Ing. Kumstel erklärt, dass ein Ausbau wie bei der Hohen Plate geplant sei, weil der der Unterbau völlig unzureichend sei.

Beigeordnete Kolbe würde gerne das Kataster über die Belastung der Straßen mit der SM-Schlacke einsehen. Sie sehe außerdem andere Prioritäten. Ihr Wunsch wäre es, die Anliegerbeiträge zu kalkulieren und zu sehen, ob im Unterbau Schlacke drin sei oder nicht.

Städtischer Baudirektor Memmen schlägt vor, auch bezüglich des vorliegenden Antrages zur Schlackenproblematik Nordseestrasse die Unterlagen zu übersenden.

Ratsherr Feldmann bittet beim Ausbau des Lorenzweges zu prüfen, ob die Beiträge für die Anlieger tragbar sind, weil es z.Z. keine Fördermittel gäbe. Vielleicht könnte man den Anliegerbeitrag geringer gestalten.

Ratsherr Liebetrau sieht am Lorenzweg mit dem Fremdenverkehr durch die Kürbelpütt ein öffentliches Interesse.

Beigeordnete Kolbe schlägt vor, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Beigeordneter Fuchs weist auf den sehr schlechten Zustand der Deichstrasse hin. Dipl.-Ing. Nickisch sagt eine Kontrolle zu.

Vorsitzende van Gerpen bittet, bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses die evtl. Aufnahme in das Flurbereinigungsprogramm zu klären.

Beigeordnete Kolbe erkundigt sich der Aufteilung der Kosten in städtischem Anteil/ Anliegerkosten und Fördermittel. Dipl.-Ing. Kumstel, dass dies abhängig von den Förderprogrammen sei.

Die Beratungsfolge wird auf den Rat der Stadt Norden erweitert. Ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	10
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 12 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 13 Anfragen

zu 13.1 Baulicher Zustand der Gemeindestrasse Hollander Weg

Beigeordneter Fuchs erkundigt sich nach Reparaturstellen in den Gemeindestrassen z.B. am Hollander Weg. Hier wäre durch Leitungsarbeiten die Fahrbahndecke mit Pflastersteinen repariert worden, die jetzt versackt seien. Städtischer Baudirektor Memmen und Dipl.-Ing. Kumstel antworten, dass die Löcher in der Straße kurzfristig mit Steinpflaster „ausgebessert“ und zu einem späteren Zeitpunkt mit Asphaltdecke versehen würden. Die Kosten hierfür übernehme der Verursacher.

**zu 13.2 Gestaltung des Kreisels Lütetsburg
AN/0945/2013**

Ratsherr Feldmann regt eine ansprechende Gestaltung des Verkehrskreisels in Lütetsburg in Absprache mit der Samtgemeinde Hage an.

zu 14 Wünsche und Anregungen

Es werden keine Wünsche und Anregungen vorgetragen.

zu 15 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Vorsitzende van Gerpen schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.16 Uhr.

Die Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

gez.

gez.

gez.

- van Gerpen -

- Schlag -

- Born -